

Titel #endfortresseurope – Moria darf sich nie wieder ereignen!

AntragstellerInnen Saar

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

#endfortresseurope – Moria darf sich nie wieder ereignen!

- 1 Schon seit Jahren und in aller Öffentlichkeit setzt die Europäische Union auf eine rigorose Abschottungspolitik, wenn
2 es um Menschen geht, die nach ihrer beschwerlichen und monatelangen Flucht an den Grenzen der Europäischen
3 Union ankommen. Vor rund einem Monat hat sich dabei auf der griechischen Insel Lesbos die Tragödie realisiert,
4 vor der Migrations-Expert*innen und NGOs vor Ort schon monatelang gewarnt haben: Im Flüchtlingslager Moria hat
5 sich ein Feuer ausgebreitet, das das Lager vollständig zerstört hat. Dabei blieben mehr als 12.000 Menschen zurück,
6 die teilweise schon über Monate in dem für nur 2800 Personen ausgelegten Lager auf ihr Asylverfahren warteten.
7 Schon vor dem Feuer herrschten in Moria desolate, mit staatlichen Fundamentalprinzipien wie der Menschenwürde
8 nicht zu vereinbarende Zustände. Die Obdachlosigkeit der Geflüchteten hat sich mit dem Brand noch stärker als zuvor
9 manifestiert, viele der Lagerbewohner*innen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Infrastruktur
10 oder sättigender Nahrung. Erst kurz vor dem Feuer vermeldete die NGO „Seebrücke“ darüber hinaus den ersten
11 Corona-Fall in Moria.
- 12 In aller Klarheit müssen wir sagen: Moria ist kein Unfall. Moria ist nicht das Resultat einer Politik des „Wegschauens“,
13 wie häufig proklamiert. Die Europäische Union schließt nicht ihre Augen, denn das würde suggerieren, wenn sie sie
14 nur öffnen würde, könnte Hilfe geleistet werden.
- 15 Die Externalisierung der Geflüchteten in Moria ist politisch gewollt und das direkte Resultat der europäischen Asyl-
16 und Geflüchtetenpolitik, die maßgeblich von konservativen und rechten Kräften diktiert wurde. Das ein politisches
17 Umdenken selbst nach dem verheerenden Brand vermutlich nicht stattfinden wird, zeigte sich in der vergangenen
18 Woche auch in Brüssel bei der Vorstellung des neuen sog. Migrationspaktes der Europäischen Kommission. Auch wenn
19 der Migrationspakt versucht, einen Verteilmechanismus zu etablieren, bleiben viele Fragen ungeklärt. Bislang sieht
20 es beispielsweise so aus, dass die Regeln des Dublin-Systems unangetastet bleiben, sodass immer noch Staaten
21 wie Italien oder Griechenland eine enorme Last alleine zu tragen hätten. Darüber hinaus bleibt im Unklaren, wie
22 diese Länder in Zukunft unterstützt werden sollen. Ein weiteres – ungeklärtes – Beispiel ist auch die Fortführung der
23 Zusammenarbeit der EU mit der Türkei oder auch der libyschen Küstenwache.
- 24 Während die Kommission zwar erkannt hat, dass es Bedarf gibt, eine andere Politik im Bereich der Migration und der
25 Asylverfahren zu verfolgen, hat sie sich im Rahmen des Migrationspaktes vor allem dazu entschieden, den Fokus auf
26 schnelle Verfahren, die zu noch schnelleren Abschiebungen führen sollen, zu legen. Nicht ohne Grund avanciert schon
27 jetzt das Wort „Abschiebepatenschaft“ zum Unwort des Jahres. Diese politische Agenda wird nicht im Geringsten der
28 Warmherzigkeit, der Solidarität und der Entschlossenheit gerecht, die viele europäische Bürger*innen aber auch
29 unzählige Kommunen und Regionen in Bezug auf Geflüchtete und deren Schicksale in den vergangenen Jahren und
30 auch heute noch gezeigt haben.
- 31 Die Jusos fordern deshalb (nach wie vor): - Eine sofortige Evakuierung der Menschen in den Lagern auf Lesbos! - Die
32 Schließung aller Lager an den europäischen Außengrenzen und die Etablierung eines solidarischen und funktionie-
33 renden Verteilmechanismus innerhalb der EU! - Ein Neustart in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik gestützt
34 auf humanitäre Grundwerte und ohne „Abschiebepatenschaften“. - Die Schaffung sicherer und legaler Migrationsrou-
35 ten, insbesondere auch die Schaffung einer europäischen Seenotrettung. - Die Beendigung illegaler Rückführungen
36 und in diesem Kontext die Schaffung harter Sanktionsmechanismen, um die Verletzung von Menschenrechten durch

- 37 EU-Länder und die Grenzschutzagentur Frontex zu ahnden. - Die Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung. - Die Ab-
38 schaffung des § 23 AufenthG, der ein Zustimmungserfordernis des Bundesinnenministers hinsichtlich der Aufnahme
39 von Geflüchteten durch einzelne Bundesländer normiert.